



**AMERIKA:**

## **VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

DER DRINGENDE BEDARF AN SCHUTZMASSNAHMEN FÜR  
ZENTRALAMERIKANISCHE FLÜCHTLINGE,  
ASYLSUCHENDE UND MIGRANTINNEN IN DEN  
KARAWANEN

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



**Amnesty International ist eine globale Bewegung mit mehr als 7 Millionen Menschen, die sich für den Schutz und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.**

**Unsere Vision ist, dass jeder Mensch alle Rechte hat, die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Menschenrechtsstandards beschrieben sind.**

**Wir sind unabhängig von Regierungen, Religionen sowie politischen, ideologischen oder ökonomischen Interessen und werden vor allem durch unsere Mitglieder und öffentliche Spenden finanziert.**

© Amnesty International 2018

Wenn nicht anders gekennzeichnet, steht der Inhalt dieses Dokumentes unter einer Creative Commons Lizenz (mit Namensnennung, nicht-kommerziell, ohne Änderungen, international 4.0) <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode>

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Hinweisseite

<https://www.amnesty.org/en/about-us/permissions/>. Materialien, die ausdrücklich einem anderen Copyright-Inhaber als Amnesty International zugeordnet werden, sind nicht Bestandteil dieser Creative Commons Lizenz. Angaben erstmals publiziert 2016 von Amnesty International Ltd

Peter Benenson House, 1 Easton Street  
London WC1X 0DW, UK

Index: AMR 01/9447/2018

November 2018

Original-Sprache: Englisch

Titel des Originals: Stuck at the door. The urgent Need for Protection of Central American Refugees, Asylum Seekers and Migrants in the Caravans  
verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amro1/9447/2018/en/>

Unverbindliche Übersetzung:

El Salvador-Koordinationsgruppe

Postfach 7123

71317 Waiblingen

<https://www.ai-el-salvador.de>

**amnesty.org**



-----  
**AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen

November 2018

# 1. EINFÜHRUNG

Seit dem 19. Oktober 2018 sind zwischen 8.000 und 10.000 MigrantInnen, Flüchtlinge und Asylsuchende<sup>1</sup> aus Honduras, El Salvador, Nicaragua und Guatemala mit einer Reihe von sogenannten Karawanen in Mexiko angekommen. Dies stellt eine Notsituation dar, die von den Staaten Reaktionen verlangt, die den internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen. Die Empfehlungen, die in diesem Dokument enthalten sind, basieren auf Research-Missionen von Amnesty International im Oktober und November in Südmexiko, Guatemala<sup>2</sup>, Mexiko-Stadt und Tijuana, sowie auf Informationen, die Amnesty International von Regierungen in verschiedenen Ländern der Region erhielt, sowie von internationalen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die auf diesem Gebiet tätig sind. Während dieser Research-Reise hat Amnesty International mit ca. 200 Mitgliedern der Karawanen, entweder einzeln oder in Themengruppen gesprochen und Interviews geführt mit mehreren Familien, Frauen, die mit Kindern reisen, sowie mit Mitgliedern der LGBTI-Gemeinschaft.

Amnesty International ist nicht dagegen, dass Regierungen Grenzkontrollen durchführen, jedoch müssen diese rechtmäßig sein und die Menschenrechte achten, einschließlich des Rechts auf Asyl. Die jahrzehntelange Forschung der Organisation in Europa, Nord- und Südamerika und anderen Teilen der Welt hat gezeigt, dass Versuche von Regierungen, harte Grenzkontrollen zur Verhinderung irregulärer Zuwanderungen von MigrantInnen und Flüchtlingen durchzuführen, die Zahl der Menschen, die ihre Länder verlassen, im Allgemeinen nicht eindämmen. Sie zwingen Menschen einfach dazu, heimlichere - und damit gefährlichere - Wege zu gehen, womit Menschenleben gefährdet werden und kriminellen Netzwerken in die Hände gespielt wird.<sup>3</sup>

Der jüngste Aufbruch in zahlreichen mittelamerikanischen Karawanen ist ein außergewöhnliches Phänomen, das Ausmaße angenommen hat, die seit der Auswanderung von Flüchtlingen während der Bürgerkriege in Guatemala und El Salvador in den 1980er Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren. Es ist jedoch wichtig, diesen jüngsten Exodus im Gesamtkontext der Flüchtlingszahlen zu betrachten, da die Zahl der von den US-Behörden im Jahr 2017 aufgegriffenen MigrantInnen ohne Dokumente die niedrigste seit 46 Jahren war<sup>4</sup> und im Jahr 2018 immer noch ungewöhnlich niedrig war, obwohl sie in der zweiten Jahreshälfte 2018 wieder zu steigen begann<sup>5</sup>. Amnesty International ist besorgt über die Menschenrechte all jener, die ihr Zuhause verlassen, um einen sichereren Ort zum Leben zu finden, unabhängig davon, ob sie Mitglieder von Karawanen sind oder nicht.

---

<sup>1</sup> Am 13. Oktober 2018 verließ eine Gruppe von Hunderten von Menschen, deren Größe spontan und schnell wuchs, San Pedro Sula, Honduras, und erreichte rund 7.000 Menschen. Diese erste Karawane reiste durch Guatemala, erreichte am 19. Oktober die Grenze zu Mexiko und betrat dieses Land, um weiter in Richtung Vereinigte Staaten zu reisen. Obwohl es nicht möglich ist, eine genaue Zahl zu benennen, gehen Schätzungen von internationalen Organisationen, nationalen Behörden, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen davon aus, dass 8.000 oder 10.000 MigrantInnen, Asylsuchende und Flüchtlinge seit Mitte Oktober Honduras und andere mittelamerikanische Länder verlassen haben, um sich verschiedenen Karawanen anzuschließen. Die Karawanen bestehen aus mehreren Kerngruppen von Menschen, die nicht unbedingt im gleichen Tempo vorankommen und sich unterwegs für verschiedene Optionen entscheiden, einschließlich des Bleibens an einem bestimmten Ort oder der Rückkehr in ihr Herkunftsland.

<sup>2</sup> Eine Delegation von Amnesty International besuchte während einer Mission im südlichen Mexiko und Guatemala vom 23. bis 28. Oktober 2018 die mexikanischen Städte Huixtla, Mapastepec, Tapachula, Ciudad Hidalgo und Frontera Talismán sowie die Städte Ayutla, Tecún Umán und el Carmen in Guatemala. Am 6. November 2018 führte eine Delegation von Amnesty International Recherchen und Interviews in den von den Behörden von Mexiko-Stadt eingerichteten Sportanlagen durch, um mit Mitgliedern der Karawane zu sprechen. Zwischen dem 18. November und dem 21. November besuchten die ErmittlerInnen auch die nördliche Grenzstadt Tijuana.

<sup>3</sup> Siehe zum Beispiel: **Amnesty International: Fear and Fences: Europe's approach to keeping refugees at bay**, 2015, EUR 03/2544/2015, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/euro3/2544/2015/en/>. Von Bedeutung sind auch offizielle Einschätzungen früherer unnachgiebiger Grenzkontroll-Strategien: **US General Accounting Office, Illegal Immigration: Status of Southwest Border Strategy Implementation**: Mai 1999, S. 17-21, verfügbar unter: <http://www.gao.gov/archive/1999/gg99044.pdf>. Siehe auch: Interview mit Doris Meissner, ehemalige Einwanderungs- und Einbürgerungs-Kommissarin (Immigration and Naturalization Service Commissioner), zuständig für die Durchführung der Operation Gatekeeper und den Plan 1994: siehe **M. Cooper "On the Border of Hypocrisy: The unintended consequences of getting tough on illegal immigration"**, LA Weekly, 4. Dezember 2003, verfügbar unter: <http://www.laweekly.com/2003-12-04/news/on-the-border-of-hypocrisy/>

<sup>4</sup> Siehe **Amnesty International USA: You don't have any rights here: illegal pushback, arbitrary detention and ill treatment of the asylum seekers in the United States**, Seite 14. Index number: AMR 51/9101/2018, 11. Oktober 2018, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/latest/research/2018/10/usa-treatment-of-asylum-seekers-southern-border/>.

<sup>5</sup> Statistiken der US Zoll- und Grenzschutzbehörde (United States Customs and Border Protection Agency - CBP), April bis Oktober 2018, verfügbar unter: <https://www.cbp.gov/newsroom/stats/sw-border-migration/fy-2018>.

---

## AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

## 2. DEN KONTEXT VERSTEHEN: GRÜNDE, WARUM MENSCHEN HONDURAS, EL SALVADOR, NICARAGUA UND GUATEMALA VERLASSEN

Der Aufbruch Tausender von MittelamerikanerInnen innerhalb kurzer Zeit zeigt, dass die Menschen nach wie vor verzweifelt nach Schutz suchen. Statistiken des Hochkommissariats der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) zeigen, dass die Zahl der Menschen, die die Anerkennung als Flüchtlinge aus Honduras, Guatemala und El Salvador beantragt haben, mit 118.949 Asylanträgen im Jahr 2017 weltweit deutlich gestiegen ist. Dies entspricht einer Steigerung von 1007 % gegenüber der Anzahl der 2012 eingereichten Asylanträge<sup>6</sup>.

Amnesty International hat dokumentiert, dass Gewalt<sup>7</sup>, die in einem Kontext allgemeiner Straflosigkeit und mangelnden staatlichen Schutzes auftritt, gepaart mit Armut und sozialer Ungleichheit, die Menschen dazu treibt, das so genannte nördliche Dreieck Mittelamerikas (Honduras, Guatemala, El Salvador) zu verlassen. Mit 60 Morden pro 100.000 EinwohnerInnen hat El Salvador beispielsweise nach Venezuela eine der höchsten Mordraten in Lateinamerika. In Honduras ist die Mordrate (43,6) um 800 % höher als in den Vereinigten Staaten<sup>8</sup>. Die BürgerInnen sind mit vielen Risiken konfrontiert, darunter Zwangsrekrutierung von Kindern und Jugendlichen, Erpressung, Morddrohungen und sogar Mord durch die Maras, mächtige gewalttätige kriminelle Gruppen, die in verschiedenen Teilen dieser Länder territoriale Kontrolle ausüben<sup>9</sup>. Sexuelle Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mitglieder der LGBTI-Gemeinschaft, ist ebenfalls weit verbreitet und oft gegen bestimmte Personen gerichtet. Nicaragua, ein weiteres mittelamerikanisches Land, hat seit April 2018 massive Ausreisen seiner Bürger verzeichnet, was auf eine gewalttätige repressive Strategie der Regierung als Reaktion auf soziale Proteste zurückzuführen ist. Dazu gehören möglicherweise auch außergerichtliche Hinrichtungen, Folterungen und willkürliche Verhaftungen<sup>10</sup>.

Die Organisation hat auch dokumentiert, dass viele Mitglieder der Karawanen vor direkter Verfolgung und jüngsten Gewalttaten von Maras in Honduras und El Salvador sowie vor der Repression der Regierung in Nicaragua geflohen sind. Diese Beobachtungen stimmen überein mit denen anderer internationaler Organisationen und humanitärer Organisationen, die ebenso Untersuchungen vor Ort durchführen.

## 3. MENSCHENRECHTE IN BEWEGUNG

### Das Recht auf Freizügigkeit, persönliche Integrität und Sicherheit:

Die anhaltende Schließung der Grenzen erhöht die Unsicherheit und Verzweiflung von MigrantInnen, Asylsuchenden und Flüchtlingen. Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sieht die Freizügigkeit und das Recht vor, das eigene Land zu verlassen. Die willkürliche Schließung von Grenzübergängen erhöht die Sicherheitsrisiken der Menschen, die gezwungen sind, tagelang unter prekären hygienischen Bedingungen zu warten oder gefährlichere Wege zu gehen, um ihre Reise fortzusetzen. Researcher von Amnesty International dokumentierten, dass die honduranischen, guatemalteken und mexikanischen Behörden zwischen dem 17. und 28. Oktober 2018 die Grenzübergänge zu unterschiedlichen Zeiten geschlossen haben<sup>11</sup>.

<sup>6</sup> Im Jahr 2012 wurden weltweit 11.810 Asylanträge von Menschen aus El Salvador, Honduras und Guatemala registriert. Verfügbar unter: <http://popstats.unhcr.org/en/overview>

<sup>7</sup> Obwohl die Zahl der Morde in El Salvador, Guatemala und Honduras abgenommen hat, sind die offiziellen Zahlen für 2017 noch immer über dem von der Welt-Gesundheitsorganisation festgelegten Level einer Epidemie (10 Morde pro 100.000 EinwohnerInnen): Die Mordraten in Honduras (43,6 pro 100.000) und Guatemala (27,3) sind jeweils 800 % höher als die Mordrate in den USA (5,3 pro 100.000).

<sup>8</sup> Nach Angaben des FBI beträgt die Mordrate in den USA 5,3 pro 100.000 EinwohnerInnen. Siehe Information unter: <https://ucr.fbi.gov/crime-in-the-u.s/2017/crime-in-the-u.s.-2017/topic-pages/murder>

<sup>9</sup> Amnesty International: Home Sweet Home? Honduras, Guatemala und El Salvador in einer ständig wachsenden Flüchtlingskrise. Oktober 2016, AMR 01/4865/2016, verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf)

<sup>10</sup> Amnesty International: Shoot to Kill: Nicaragua's strategy to suppress protest. 29. Mai 2018, AMR 43/8470/2018, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/amr43/8470/2018/en/>. Amnesty International: Instilling Terror: From Lethal Force to Persecution in Nicaragua. 18. Oktober 2018, AMR 43/9213/2018, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/amr43/9213/2018/en/>

<sup>11</sup> Die Regierung von Honduras setzte Sicherheitskräfte für die Schließung der Grenzstation Agua Caliente zwischen dem 17. und 20. Oktober 2018 ein. Die guatemalteken und mexikanischen Behörden schlossen die Rodolfo Robles Brücke, die beide Länder trennt, bei mehreren Gelegenheiten zwischen dem 20. und 28. Oktober 2018.

---

### AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

Darüber hinaus dokumentiert Amnesty International seit Jahren, wie MigrantInnen und Asylsuchende auf ihrer Reise durch Mexiko häufig Opfer von Überfällen, Erpressungen, Entführungen, Tötungen und Verschwinden-lassen sind<sup>12</sup>. In vielen Fällen werden diese Verbrechen von den Behörden nicht ordnungsgemäß untersucht. Die Mitglieder der Karawanen sind von diesen Gefahren nicht ausgenommen. Amnesty International wurde auch über Erpressungen der Karawanen und Amtsmissbrauch durch die guatemaltekische Polizei informiert, die sie zwang, aus Fahrzeugen auszusteigen und zu Fuß zu gehen.

### **Einsatz von Gewalt:**

Bei großen Menschenmengen oder massiven Ansammlungen müssen die Behörden den Einsatz von Gewalt im Einklang mit internationalen Normen so gering wie möglich halten. Diese erfordern die strikte Einhaltung der Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und Notwendigkeit. Außerdem darf nur dann Gewalt eingesetzt werden, wenn alle anderen Mittel gescheitert sind. Dies bezieht sich auch auf den Einsatz von Mitteln wie Tränengas, Betäubungsgranaten und andere, die zu ungenau sind oder von Natur aus eine uneingrenzable Wirkung haben, weil sie sowohl diejenigen Menschen, die sich an Gewalttaten beteiligen, als auch friedliche Menschen gleichermaßen betreffen können. Diese sollten daher nicht in Situationen eingesetzt werden, in denen sich nur eine geringe Anzahl von Menschen gewalttätig verhält<sup>13</sup>. Selbst in Fällen, in denen Einzelpersonen Gewalt gegen Sicherheitsbeamte ausüben, müssen die Behörden sicherstellen, dass sie im Einklang mit internationalen Normen reagieren und nach alternativen Mitteln suchen, um Unruhen zu befrieden. Die oben genannten Mittel dürfen nur dann eingesetzt werden, wenn Menschen die Möglichkeit haben auseinanderzulaufen, und nicht, wenn andere Fluchtwege blockiert sind.

Die Ankunft der Karawanen führte zum Einsatz mexikanischer Sicherheitskräfte an der Grenze zwischen Mexiko und Guatemala und am Ufer des Flusses Suchiate. Dazu gehörten die Bundespolizei, die Gendarmeria (eine Abteilung der föderalen Polizei von Mexiko) und Soldaten der mexikanischen Marine, was von Researchern von Amnesty International direkt beobachtet wurde. Auf der guatemaltekischen Seite wurden die Polizei von Guatemala und Mitglieder des Militärs eingesetzt. Darüber hinaus sind derzeit rund 7.000 US-Soldaten (einschließlich Soldaten und Nationalgarde) an der US-mexikanischen Grenze im Einsatz.

Am 19. Oktober 2018 setzte die mexikanische Bundespolizei Tränengas bei der ersten Ankunft von Tausenden von Menschen auf der Grenzbrücke zwischen Mexiko und Guatemala ein<sup>14</sup>. Der Einsatz von Tränengas in diesem Zusammenhang könnte möglicherweise gegen internationale Normen für die Anwendung von Gewalt verstoßen, weil er auf einer Brücke stattfand, auf der Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt waren, und weil der Auslöser eine zeitlich begrenzte Phase der Unruhe unter den dort befindlichen Menschen war<sup>15</sup>.

Am 28. Oktober 2018 wurde ein Mann aus Honduras bei der zweiten Ankunft vieler Menschen auf der Grenzbrücke bei einer Konfrontation zwischen den angekommenen Personen und den guatemaltekischen und mexikanischen Sicherheitskräften getötet. Amnesty International hat unterschiedliche Videos und Erfahrungsberichte erhalten, aus denen hervorgeht, dass das Projektil, das zum Tod führte, entweder ein Gummigeschoss oder ein Projektil gewesen sein könnte, das dazu bestimmt ist, Reizstoffe in einem Zimmer oder geschlossenen Raum zu verteilen<sup>16</sup>.

<sup>12</sup> **Amnesty International, Vor neuen Mauern. Die Verletzung der Rechte von Asylsuchenden durch die USA und Mexiko.** 15. Juni 2017, AMR 01/6426/2017, Seite 33, verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Vor-neuen-Mauern.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Vor-neuen-Mauern.pdf)

<sup>13</sup> **Amnesty International, Use of Force: Guidelines for Implementation of the UN Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials,** 7. September 2015, S. 86, verfügbar unter [https://www.amnesty.org.uk/files/use\\_of\\_force.pdf](https://www.amnesty.org.uk/files/use_of_force.pdf).

<sup>14</sup> Amnesty International konnte nicht feststellen, ob Mitglieder der Karawane direkte Gewalt gegen die Staatspolizei ausgeübt haben, nachdem ein Teil der Barrikade auf der Brücke von einer kleineren Gruppe von Menschen zerstört worden war, die nach Mexiko eingereist sind. Amnesty International erhielt mehrere Berichte von Menschen, die in der anschließenden Paniksituation verletzt worden sind. Dabei wurden auch Familien getrennt.

<sup>15</sup> **Amnesty International: Use of Force Guidelines:** Op Cit, siehe Anmerkung 13.

<sup>16</sup> Einige Presseberichte deuteten darauf hin, dass der Todesfall von einem Gummigeschoss verursacht wurde, zum Beispiel: <https://www.aljazeera.com/news/2018/10/honduran-killed-mexican-border-crackdown-migrant-caravan-181029130957107.html>. Der Verursacher dieser Taten wurde nicht festgestellt. Die mexikanischen Behörden versicherten, dass die Bundespolizei nicht bewaffnet gewesen sei, und die guatemaltekischen Behörden behaupteten, dass sie keine Waffen besäßen, die solche Projektile abfeuern könnten. Am Tag zuvor jedoch sahen Researcher von Amnesty International bei einem guatemaltekischen Polizisten, der die geschlossene Brücke bewachte, mindestens eine Schusswaffe, die einen Lauf hatte, mit der solche Projektile abgeschossen werden können. Journalisten, die bei den Vorfällen anwesend waren, erklärten, dass die mexikanische Bundespolizei das Projektil abgegeben habe, das den Mann getötet hat. Auch in der Vergangenheit schon gab es Hinweise darauf, dass die mexikanische Bundespolizei ähnliche Projektile verwendet hat, z.B. bei den Protesten bei der Amtseinsetzungs-Zeremonie von Präsident Peña Nieto im Dezember 2012, siehe <https://aristeguinoicias.com/0612/mexico/no-se-repartieron-balas-de-goma-el-1d-osorio-chong/>

---

## **AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

**Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018**

Am 25. November 2018 setzten US-Grenzschutzbeamte der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) Tränengas als Reaktion auf Gruppen von Dutzenden bis Hunderten von MigrantInnen und Flüchtlingen ein, darunter auch Familien und Kinder, die nach einem öffentlichen Marsch zum Grenzzaun in der Nähe des Grenzübergangs von San Ysidro liefen bzw. rannten. Die CBP bestätigte die Verwendung von Tränengas und "anderen Projektilen"<sup>17</sup>, und Fotos und Videos zufolge, die von Amnesty International analysiert wurden, waren diese "anderen Projektilen" wahrscheinlich Anti-Riot-Gummiwuchtgeschosse (umgangssprachlich "Plastikgeschosse" genannt), wobei mindestens ein Schuss aus nächster Nähe abgefeuert wurde. Darüber hinaus hat Amnesty International mehrere Berichte über Personen erhalten, die bei diesem Vorfall verletzt wurden.

Gummigeschosse sowie Kartuschen mit chemischen Reizstoffen, die direkt auf eine Person abgefeuert werden, können tödlich sein. Dies sind Waffen, die nicht wahllos gegen Menschenmengen eingesetzt werden dürfen, die unbewaffnet sind und größtenteils keine Gewalttaten verüben. Ihr Einsatz unter diesen Umständen wäre ein Verstoß gegen internationale Menschenrechtsstandards.

### **Das Recht auf Asyl und Verpflichtungen gemäß internationalem Flüchtlingsrecht:**

MittelamerikanerInnen und Menschen jeder Nationalität, die gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, benötigen angemessene Informationen über ihre Rechte und einen effektiven Zugang zu Asylverfahren in dem Land, in dem sie sich für einen Asylantrag entscheiden, mit Garantien für ein ordnungsgemäßes Verfahren. Das Recht auf Asyl ist ein in internationalen Verträgen verankertes Recht und der verbindliche internationale Rechtsgrundsatz der Nichtzurückweisung verbietet es Staaten, Menschen in Länder zurückzuschicken, in denen sie ernsthaft Gefahr laufen, schwere Menschenrechtsverletzungen zu erleiden<sup>18</sup>. Dieses Prinzip gilt auch für andere Personen (einschließlich MigrantInnen ohne Aufenthaltserlaubnis), denen schwere Menschenrechtsverletzungen wie Folter drohen, auch wenn sie rein rechtlich nicht der Definition eines Flüchtlings entsprechen<sup>19</sup>. Darüber hinaus schreiben internationale Normen vor, dass kein Kind in Einwanderungshaft gehalten werden darf, und zwar im Interesse des Wohles des Kindes<sup>20</sup>. Im Falle Mexikos sind es gar gesetzlichen Bestimmungen, die dies verbieten<sup>21</sup>.

Amnesty International hat in den letzten Jahren Untersuchungen über das weit verbreitete Versäumnis der Einwanderungsbehörde von Mexiko (National Migration Institute - INM) durchgeführt, das Schicksal von Menschen, die internationalen Schutz benötigen, angemessen zu untersuchen. 75 % einer Gruppe von Hunderten von Menschen, die kürzlich von Amnesty International befragt und von den mexikanischen Migrationsbehörden festgehalten wurden, hatten keine Informationen über ihr Recht auf Asyl in Mexiko erhalten<sup>22</sup>.

### **Verhaftungen, Rückführungen, Abschiebungen und mögliche Verstöße gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung**

Nach offiziellen Informationen gingen Ende Oktober mehr als 3.230 Asylanträge von Karawanenmitgliedern bei den mexikanischen Behörden ein<sup>23</sup>. Am 14. November teilte das INM Amnesty International mit, dass 533 dieser Personen

<sup>17</sup> Siehe zum Beispiel Twitter-Beitrag der CBP am 25. November: <https://twitter.com/CBP/status/1066842405415124994> sowie Stellungnahme des CBP Commissioner McAleenan gegenüber Journalisten, wie zitiert in: <https://www.cnn.com/2018/11/26/politics/customs-borderprotection-tear-gas-san-diego-tijuana-san-ysidro/index.html>.

<sup>18</sup> Das Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen der Vereinten Nationen von 1951 sowie das dazugehörige Protokoll vom 1967 stellen in Artikel 33 fest: „Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.“

<sup>19</sup> Siehe Gutachten über die extraterritoriale Anwendung der Nichtzurückweisungs-Verpflichtungen gemäß dem Abkommen über die Rechtsstellung von Flüchtlingen von 1951 und seines Protokoll von 1967. Verfügbar unter: <http://www.refworld.org/pdfid/45f17a1a4.pdf>

<sup>20</sup> Siehe zum Beispiel: Allgemeiner Kommentar des Menschenrechtskomitees der Vereinten Nationen zu Artikel 9: "Kinder sollten nicht inhaftiert werden, außer als letztes Mittel oder für die kürzest mögliche Zeit, unter Berücksichtigung ihres Wohles als wichtigste Prämisse in Bezug auf die Dauer und die Bedingungen der Inhaftierung, und auch unter Berücksichtigung ihrer extremen Verletzlichkeit und des Bedürfnisses von Fürsorge für unbegleitete Minderjährige". Auch die Position des UNHCR in Bezug auf die Inhaftierung von flüchtenden und migrierenden Kindern im Migrationskontext (January 2017) stellt fest, dass "Kinder nicht aus Einwanderungsgründen inhaftiert werden sollten, unberücksichtigt ihres rechtlichen Einwanderungsstatus oder dem der Eltern, und Haft ist niemals im Sinne ihres Wohles." Verfügbar unter: <http://www.refworld.org/docid/503489533b8.html>

<sup>21</sup> Siehe Mexicos Bestimmungen zum Allgemeinen Gesetz über die Rechte von Kindern und Heranwachsenden (Regulation on the General Law on Rights of Children and Adolescents), Artikel 111, verfügbar unter: [https://www.gob.mx/cms/uploads/attachment/file/339082/LGDNNA\\_Con\\_Itimas\\_reformas\\_2018\\_hasta\\_la\\_del\\_20\\_de\\_junio.pdf](https://www.gob.mx/cms/uploads/attachment/file/339082/LGDNNA_Con_Itimas_reformas_2018_hasta_la_del_20_de_junio.pdf)

<sup>22</sup> Amnesty International, *Overlooked and Under protected: Mexico's Deadly Refoulement of Central Americans Seeking Asylum*. 23. Januar 2018, AMR 41/7602/2018, verfügbar unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/amr41/7602/2018/en/>

<sup>23</sup> Mexico's Interior Ministry: Secretaría de Gobernación, *Tramita COMAR más de tres mil solicitudes de refugio de integrantes de caravana*, 6. November 2018, verfügbar unter: <https://www.gob.mx/segob/prensa/tramita-comar-mas-de-tres-mil-solicitudes-de-refugio-de-integrantes-de-caravana?idiom=es>

---

## **AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

**Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018**



ihre Klage zurückgenommen haben und in ihr Land zurückgeführt wurden<sup>24</sup>, und später, am 25. November, berichtete das INM, dass fast 2.000 Personen aus den Karawanen in ihr Land zurückgeführt worden waren<sup>25</sup>. Amnesty International hat Grund zu der Annahme, dass viel mehr Mitglieder der Karawanen Asylanträge hätten stellen können, und ist auch besorgt darüber, dass eine Reihe von rechtswidrigen Rückführungen in Verletzung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung erfolgt sein könnten. Die oben genannten 533 Rückführungen bezogen sich nur auf diejenigen, die aus einem Kongresszentrum herausgeholt worden waren, das als Auffanglager eingerichtet worden war, um Mitglieder der Karawanen vorerst in der Stadt Tapachula aufzunehmen. Viele Karawanenmitglieder beschlossen, diese Einrichtungen nicht zu betreten, als sie erfuhren, dass die mexikanischen Behörden diese Unterkunft de facto als Haftanstalt nutzten und sich zwischen dem 20. Oktober und 4. November 2018 auf ein System der obligatorischen Inhaftierung von Asylsuchenden im Kongresszentrum beriefen, was im Widerspruch zu internationalen Standards steht<sup>26</sup>.

Neben den Berichten über Menschen, die aus dem Kongresszentrum "Mesoamerican Fair" heraus abgeschoben wurden, hat Amnesty International eine Reihe von Verhaftungen von Mitgliedern der Karawanen entlang der Autobahnen, einschließlich Familien und Kindern, dokumentiert. Bisweilen fanden diese Verhaftungen massenhaft statt und erreichten Hunderte<sup>27</sup>.

Die von der mexikanischen Regierung angegebene Zahl der zurückgeführten Personen unterscheidet sich eklatant von den von honduranischen Behörden veröffentlichten Zahlen, die auf bis zu 4.332 zwischen dem 15. Oktober und dem 7. November 2018 aus Mexiko zurückführte HonduranerInnen hinweisen<sup>28</sup>. Darüber hinaus war eine der wichtigsten Maßnahmen, die die Regierungen Guatemalas und Honduras am 20. Oktober angekündigt haben, um auf die massive Ankunft der ersten Karawane zu reagieren, die so genannte "freiwillige" Rückkehr in ihr Land zu erleichtern<sup>29</sup>, anstatt sich auf ihre Grundbedürfnisse oder die möglichen Risiken zu konzentrieren, denen sie bei ihrer Rückkehr ausgesetzt sein könnten. Neue Informationen, die Amnesty International zusätzlich zu früheren Untersuchungen<sup>30</sup> erhalten hat, lassen Zweifel daran aufkommen, ob vor der Verladung von Personen in Busse in Guatemala und Mexiko eine angemessene Überprüfung ihrer Schutzbedürfnisse durchgeführt worden war.

Amnesty International erhielt auch zahlreiche Zeugenaussagen von Karawanenmitgliedern und internationalen Organisationen von Zurückweisungen (Pushbacks) von der internationalen Brücke durch mexikanische Beamte. Amnesty International sprach am 25. Oktober direkt mit mindestens zwei inhaftierten Asylsuchenden, die auf die Abschiebeliste für Busse in ihr Land gesetzt worden waren, obwohl sie bereits Asyl in Mexiko beantragt hatten. Auf der Grundlage der gesammelten Informationen ist Amnesty International der Ansicht, dass mehrere Abschiebungen und Rückführungen rechtswidrig gewesen sein könnten, was die Rechte dieser Menschen verletzt hat.

Amnesty International hat auch die wiederholte Verletzung des Nicht-Zurückweisungs-Prinzips und anderer Rechte von Asylsuchenden durch die US-Regierung dokumentiert. Zu den rechtswidrigen Praktiken gehören unter anderem: (1) massenhafte illegale Abweisungen (Pushbacks) von Asylsuchenden an der US-mexikanischen Grenze; (2) Tausende von illegalen Familientrennungen, durch die die Trump-Administration den Familien absichtlich und zielgerichtet extremes Leid zugefügt hat, Misshandlungen, die in einigen Fällen der Folter gleichkamen; und (3) zunehmend willkürliche und unbefristete Inhaftierung von Asylsuchenden ohne Kautions, was eine grausame, unmenschliche oder erniedrigende

<sup>24</sup> Brief der Einwanderungsbehörde an Amnesty International, 14. November 2018. OFICIO No. INM/DGJDH/341/2018.

<sup>25</sup> Pressemitteilung des Innenministeriums, 25. November 2018, verfügbar unter: <https://www.gob.mx/segob/prensa/autoridades-mexicanas-retoman-control-del-cruce-fronterizo-el-chaparral-en-baja-california?idiom=es>

<sup>26</sup> Die "Mesoamerikanische Messe" in der Stadt Tapachula war in ein provisorisches Einwanderungs-Haftlager verwandelt worden, weil das normale Einwanderungshaftzentrum in der Grenzstadt Tapachula (Estación Migratoria Siglo XXI) überfüllt war. Amnesty International bestätigte Angaben sowohl von offiziellen Stellen als auch von internationalen Organisationen, dass die Mitglieder der Karawanen von den Einwanderungsbehörden getäuscht wurden, die ihnen eine Unterkunft in einem „Schutzraum“ angeboten hatten. Viele Mitglieder von Karawanen nahmen das Angebot an, bemerkten jedoch nicht, dass sie tatsächlich im Kongresszentrum der Mesoamerikanischen Messe zwangsweise inhaftiert werden würden, mit der einzigen Möglichkeit, die Einrichtung wieder zu verlassen, wenn sie einer Abschiebung „zustimmen“. Dies ist eine Verletzung der internationalen Richtlinien. Um Asyl beantragen zu können, waren die Mitglieder der Karawanen gezwungen, sich zu registrieren und einer Inhaftierung zuzustimmen. Amnesty International wurde der Zugang zu dieser Einrichtung zweimal am 25. und 26. Oktober 2018 verweigert.

<sup>27</sup> Am 26. Oktober beobachtete Amnesty International einen Konvoi mit ca. 80 Mitgliedern der Karawane, die von einem Konvoi der INM und der Bundespolizei auf der Autobahn aufgegriffen wurden. Mehrere Quellen bestätigten, dass bei dieser Operation mindestens 300 Karawanen-Mitglieder aufgegriffen wurden. Außerdem haben Karawanen-Mitglieder, internationale Organisationen und der Menschenrechts-Ombudsmann von Mexiko eine Reihe von Verhaftungen durch die INM entlang der Autobahn von Mexiko bestätigt, darunter Familien und Kinder.

<sup>28</sup> Zu der Zahl der Menschen, die in dieser Zeit nach Honduras zurückgebracht worden sind, siehe: CONMIGHO, Observatorio Consular y Migratorio de Honduras, cifra de retornados 2018, verfügbar unter: <https://www.conmigho.hn/direccion-general-de-proteccion-al-hondureno-migrante/retornados-2018/>

<sup>29</sup> Gemeinsame Konferenz der Präsidenten Jimmy Morales und Juan Orlando Hernández am 20. Oktober 2018. Laut der Behörden von Honduras sind zwischen dem 15. Oktober und 13. November 2018 7.013 HonduranerInnen freiwillig in ihr Land zurückgekehrt. CONMIGHO, Observatorio Consular y Migratorio de Honduras, cifra de retornados 2018, verfügbar unter: <https://www.conmigho.hn/direccion-general-deproteccion-al-hondureno-migrante/retornados-2018/>

<sup>30</sup> Siehe auch **Amnesty International: Home Sweet Home? Honduras, Guatemala und El Salvador in einer ständig wachsenden Flüchtlingskrise**. Oktober 2016, AMR 01/4865/2016, verfügbar unter [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/Home-sweet-home-deutsch.pdf)

---

## AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

Behandlung oder Strafe (Misshandlung) darstellt, was im Völkerrecht absolut verboten ist<sup>31</sup>. Ebenso hat das Ministerium für Heimatschutz DHS diese miteinander verbundenen politischen Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt: Schließung der Grenzen für Asylsuchende und deren Rückführung in die Gefahr. Gleichzeitig versucht die Trump-Regierung, das US-Asylsystem abzubauen, unter anderem durch eine engere Definition dafür, wer Schutz benötigt.<sup>32</sup>

### **Würde, humanitäre Hilfe und Personen mit besonderem Schutzbedürfnis**

Humanitäre Hilfe ist notwendig für die Verwirklichung der Menschenrechte wie des Rechts auf Leben und Gesundheit, für Menschen, die aufgrund eines Konflikts, einer Naturkatastrophe oder anderer Notfälle vertrieben wurden. Die Staaten tragen die Hauptverantwortung für die Einleitung, Koordination und Bereitstellung humanitärer Hilfe in ihrem Hoheitsgebiet<sup>33</sup>.

Amnesty International hat in den Karawanen viele Familien mit Kindern sowie stillende Frauen beobachtet. Die Organisation sah auch Karawanenmitglieder mit besonderen Schutzbedürfnissen wie unbegleitete Kinder, Frauen, LGBTI-Personen und Menschen mit Behinderungen. Internationale Organisationen, die sich den Rechten von Kindern widmen, haben geschätzt, dass eines von vier Mitgliedern der ersten Karawane Kinder sind.<sup>34</sup>

Viele Mitglieder der Karawanen - auch Familien - waren den Witterungseinflüssen ausgesetzt, wanderten tagsüber zu Fuß durch Guatemala und Südmexiko, bei sehr hohen Temperaturen, oder schliefen auf öffentlichen Plätzen, in Parks oder auf Gehwegen am Boden. Internationale humanitäre Organisationen und der mexikanische Menschenrechtsbeauftragte meldeten viele Fälle von Dehydrierung und andere Leiden wie Verbrennungen, Bindehautentzündung, Ohnmacht und Durchfall im Zusammenhang mit mangelnder Nahrung.

Amnesty International wurde Zeuge der enormen Solidarität mit MigrantInnen und Asylsuchenden, die von Einheimischen, Kirchen, Schutzräumen sowie internationalen und nationalen Organisationen kommt, um auf die Grundbedürfnisse der Karawanen einzugehen. Einige kommunale Verwaltungen in Städten im südlichen Mexiko und in Mexiko-Stadt koordinierten auch schnell Bemühungen um Nahrung und Unterkunft. Dennoch hat Amnesty International während des Besuchs der Delegation in Tecún Uman zwischen dem 25. und 28. Oktober auch einen Mangel an humanitärer Hilfe durch die guatemaltekische Regierung erlebt.

### **Die Verantwortung der US- und der mexikanischen Behörden an der Grenze zwischen Tijuana und San Diego**

Angesichts der jüngsten Ankunft von Tausenden von Karawanenmitgliedern in Tijuana und der erwarteten Ankunft vieler weiterer in den kommenden Tagen müssen die Behörden der Vereinigten Staaten und Mexikos dringend die Verantwortung übernehmen, denjenigen Schutz zu gewähren, die auf die Einreise in die Vereinigten Staaten warten oder ihre Optionen in Mexiko in Betracht ziehen. Amnesty International Researcher vor Ort in Tijuana haben die Ankunft des ersten Teils der Karawanen in dieser nördlichen Grenzstadt dokumentiert. Am 19. November waren die temporären Sportanlagen, die zur Aufnahme von Karawanenmitgliedern eingerichtet worden waren, bereits voll und in den nächsten Tagen werden voraussichtlich Tausende weitere Menschen erwartet.

Nach den Amnesty International vorliegenden Informationen hat die mexikanische Regierung in Abkehr von ihrer Behandlung einiger früherer Karawanen, die durch Mexiko gezogen sind, den Mitgliedern dieser Karawane weder Transitpässe noch humanitäre Visa angeboten, wodurch die in Besitz eines vorläufigen Dokuments wären, das sie auf mexikanischem Boden vor Inhaftierung oder Abschiebung schützen würde. Amnesty International hat mehrere Berichte aus Gesprächen mit Mitgliedern der Karawane erhalten, aus denen hervorgeht, dass sie noch unentschlossen sind, ob sie in Mexiko bleiben oder in den Vereinigten Staaten Asyl beantragen wollen, aber ihre Entscheidung nach ihrer Ankunft in der Stadt Tijuana treffen werden.

Die Asylbehörde Mexikos (Comisión Mexicana de Ayuda a Refugiados, COMAR) hat derzeit keine Beamten mit Sitz in der Stadt Tijuana, was die Fähigkeit des mexikanischen Staates zur Vereinfachung und Beschleunigung möglicher Asylanträge beeinträchtigt. Das Migrationsgesetz von Mexiko sieht mehrere Optionen für Karawanenmitglieder vor,

---

<sup>31</sup> Siehe Amnesty International, USA: „You don't have any rights here“: Illegal Pushbacks, Arbitrary Detention and Ill Treatment of Asylum-Seekers in the United States. AMR 51/9101/2018, 11 Oktober 2018, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/amr51/9101/2018/en/>

<sup>32</sup> Ibid.

<sup>33</sup> In Übereinstimmung mit Resolution 46/182 der Generalversammlung der Vereinten Nationen, die den Rahmen für humanitäre Hilfe und Koordination erstellte.

<sup>34</sup> Amnesty International hat eine Reihe von Daten über die Dauer der Karawanen in Relation zur Menge von Kindern, die in den Karawanen reisten, sowohl von Save the Children als auch von UNICEF erhalten.

---

## **AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

**Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018**



darunter die Vergabe von humanitären Visa, die für ein Jahr gültig sind<sup>35</sup>, Asylanträge bei der COMAR (nach mexikanischem Recht müssen diese innerhalb von 30 Tagen nach der Ankunft in Mexiko ein-gereicht werden, was im Widerspruch zu internationalen Standards steht) sowie Optionen zur Aufenthaltserlaubnis für Personen mit Familienangehörigen in Mexiko. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts haben die meisten Karawanenmitglieder kein vorläufiges Dokument, das sie vor einer möglichen Inhaftierung oder Abschiebung oder vor einer willkürlichen Inhaftierung durch die örtliche Polizei schützen würde, von der bekannt ist, dass sie oft MigrantInnen ohne Dokumente inhaftiert, obwohl sie dazu keine Befugnis hat.

Am 9. November gab US-Präsident Donald Trump eine Proklamation heraus<sup>36</sup>, die sowohl gegen internationales als auch gegen US-amerikanisches Recht verstößt, indem sie das Recht, einen Asylantrag zu stellen, nur auf diejenigen Personen beschränkt, die sich an offiziellen Grenzstationen (Ports of Entry - POE) bei einem Regierungsbeamten der Zoll- und Grenzbehörde CBP melden<sup>37</sup>. Trotz der Tatsache, dass ein Gerichtsurteil die US-Exekutive vorübergehend daran gehindert hat, die Präsidentschaftsproklamation vom 9. November durchzusetzen<sup>38</sup>, verstärkt das Heimatschutzministerium weiterhin die Grenzkontrollbemühungen z.B. durch die Errichtung von Barrikaden mit Spiralklingendraht auf den Fahrbahnen am POE in San Ysidro, um auf diejenigen zu reagieren, die versuchen könnten, außerhalb einer Warteschlange an einem POE in die USA zu gelangen. Diese jüngsten Bemühungen ergänzen die bereits bestehenden Kontrollen der CBP an diesem POE, der in den letzten Monaten nach Angaben der Gemeinde Tijuana täglich maximal 30 bis 70 Asylsuchende Zugang zum POE erlaubte. Researcher von Amnesty International haben auch beobachtet, dass mexikanische Behörden eine Reihe von Bundespolizisten mit Ausrüstung zur Aufstandsbekämpfung auf der mexikanischen Seite des POE eingesetzt haben und Metalltore errichteten, die zur Kontrolle der Menschenmengen geschlossen werden könnten, falls es Bemühungen von Asylsuchenden gäbe, die Grenze auf den Fahrbahnen zu überqueren.

Es gibt nur wenige Hinweise darauf, dass die US-Regierung Pläne in Betracht gezogen hätte, die Zahl der für Asylgespräche geschulten Beamten deutlich zu erhöhen. Diese könnten für die Aufnahme der potenziell Tausenden weiterer Asylsuchender, die bald an diesem POE eintreffen werden, eingesetzt werden.

Im Gegensatz dazu werden derzeit rund 7.000 US-Soldaten an die US-mexikanische Grenze entsandt - fast so viele wie derzeit nach Afghanistan<sup>39</sup> - zu einem potenziellen Preis von Hunderten von Millionen Dollar, um die bereits überfinanzierte und überbesetzte Zoll- und Grenzschutzbehörde des Heimatschutzministeriums DHS unnötig zu unterstützen, das allein 60.000 Mitarbeiter beschäftigt<sup>40</sup>. Amnesty International stellt die Notwendigkeit, die Kosten und die Verhältnismäßigkeit des Einsatzes von Truppen an der Südgrenze in Frage, die weder das Mandat noch die Ausbildung zur Durchführung von Migrations-Screening-Aktivitäten oder Strafverfolgungs-funktionen haben.

In den letzten Tagen berichteten die Medien<sup>41</sup> über eine mögliche Vereinbarung zwischen der US-Regierung und der neuen mexikanischen Regierung, die Asylsuchende zwingen würde, in Mexiko zu bleiben und auf die Entscheidung ihrer Fälle vor US-Gerichten zu warten. Wenngleich dieser Deal später von einem gewählten mexikanischen Beamten<sup>42</sup> abgestritten wurde, wäre es nicht das erste Mal, dass in den letzten Monaten Berichte über den Versuch der Regierung der Vereinigten Staaten veröffentlicht wurden, Verhandlungen über den Verbleib von Asylsuchenden in Mexiko aufzunehmen. In anderen derartigen Diskussionen in den letzten Monaten ging es auch um die Idee, Mexiko zu einem "sicheren Drittland" zu erklären. Das fatale Problem dieses US-Plans besteht darin, dass Mexiko kein einheitlich sicheres Land für alle Asylsuchenden ist.

<sup>35</sup> Mexikos Migrationsgesetz, Art. 52 (v) C sieht vor, dass humanitäre Visa in Situationen des „öffentlichen Interesses“ ausgeben werden können, hinausgehend über normale Bedingungen für humanitäre Visa, die eigentlich für MigrantInnen reserviert sind, die in Mexiko Opfer von Verbrechen geworden sind oder die bereits Asylsuchende sind.

<sup>36</sup> Presidential Proclamation Addressing Mass Migration Through the Southern Border of the United States. Herausgegeben am 8. November 2018, verfügbar unter: <https://www.whitehouse.gov/presidential-actions/presidential-proclamation-addressing-mass-migration-southern-border-united-states/>

<sup>37</sup> Siehe Stellungnahme von Amnesty International zu dieser Erklärung: **USA: Trumps Ankündigung zur Einschränkung der Rechte von Asylsuchenden**, verfügbar unter: [https://www.ai-el-salvador.de/files/ai\\_el\\_salvador/PDFs/USA-18-11-08-Trump-Proklamation.pdf](https://www.ai-el-salvador.de/files/ai_el_salvador/PDFs/USA-18-11-08-Trump-Proklamation.pdf)

<sup>38</sup> Associated Press, 20. November: "US judge stalls enforcement of Trump asylum restrictions", verfügbar unter: <https://apnews.com/9ba57ad1383f41c3afe1baa5b2d9c3bf>

<sup>39</sup> US Department of Defense, "Enhancing Security and Stability in Afghanistan", verfügbar unter:

<https://media.defense.gov/2018/Jul/03/2001938620/-1/-1/1/1225-REPORT-JUNE-2018-FINAL-UNCLASS-BASE.PDF>

<sup>40</sup> Die Kosten für den Einsatz von 2,000+ Soldaten der Nationalgarde bis heute betragen beinahe 200 Millionen Dollar, laut Medienberichten, zum Beispiel: <https://www.washingtonexaminer.com/policy/defense-national-security/costs-are-mounting-for-trumps-use-of-the-military-at-the-border>

<sup>41</sup> The Washington Post: "Deal Paves the Way for asylum overhaul at U.S. border", verfügbar unter:

[https://www.washingtonpost.com/world/nationalsecurity/deal-with-mexico-paves-way-for-asylum-overhaul-at-us-border/2018/11/24/87b9570a-e7f4-11e8-9236bb94154151d2\\_story.html](https://www.washingtonpost.com/world/nationalsecurity/deal-with-mexico-paves-way-for-asylum-overhaul-at-us-border/2018/11/24/87b9570a-e7f4-11e8-9236bb94154151d2_story.html), 24. November 2018

<sup>42</sup> Reuters, "Trump says asylum seekers to wait in Mexico, incoming government denies." Verfügbar unter: <https://uk.reuters.com/article/uk-usa-immigration-mexico-idUKKCN1NT0S1>. 24. November 2018.

## AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

Amnesty International lehnt jede nationale Politik ab, die darauf abzielt, Asylsuchende und Flüchtlinge automatisch in ein angeblich "sicheres Drittland" (ein Land, in dem die Person vermutlich Schutz erhalten kann) zurückzubringen, weil sie die Verpflichtung der Behörden untergräbt, individuelle Bewertungen von Asylanträgen und -risiken sowohl nach der Rückkehr in das Herkunftsland des Asylsuchenden als auch in das Drittland vorzunehmen. Ohne eine individuelle Beurteilung des Antrags jedes Asylsuchenden besteht ein erhöhtes Risiko einer Zurückführung zu Misshandlungen, Verfolgung oder anderen irreparablen Schäden, unter Verletzung der Menschenrechte der Asylsuchenden.

## 4. EMPFEHLUNGEN

Angesichts der Risiken für die Rechte von MigrantInnen, Asylsuchenden und Flüchtlingen, die ihre Länder in den letzten Wochen verlassen haben, und der großen Wahrscheinlichkeit, dass weitere Menschengruppen ihre Länder verlassen werden, präsentiert Amnesty International die folgenden Empfehlungen an die Regierungen von Honduras, Nicaragua, El Salvador, Guatemala, Mexiko und der Vereinigten Staaten:

### An die Herkunftsländer:

- Richten Sie dringend Ihre Aufmerksamkeit auf die Faktoren, die die Menschen zum Verlassen des Landes treiben, zu denen gehören: endemische Straflosigkeit für Menschenrechtsverletzungen, Ungleichheit, allgemeine Gewalt und die Verfolgung von MenschenrechtsverteidigerInnen und -aktivistInnen.
- Nehmen Sie Abstand davon, Grenzübergänge zu schließen und das Recht der BürgerInnen, ihr Land zu verlassen, zu untergraben.
- Stellen Sie Maßnahmen sicher, um festzustellen, ob Menschen, die nach Guatemala, Honduras und El Salvador zurückgebracht wurden, in ihren Heimatgemeinden gefährdet sind, und stellen Sie ihnen adäquaten und sofortigen Schutz zur Verfügung.

### An die Behörden der Transit- und Zielländer:

- Informieren Sie die Menschen korrekt über ihr Recht, Asyl zu beantragen, stellen Sie sicher, dass sie Zugang zu den Asylverfahren mit allen nötigen Verfahrensgarantien haben.
- Stellen Sie sicher, dass alle Verfahren, die etwas mit der Rückführung von Menschen in ihr Heimatland oder mit der Rückreise zu tun haben, Menschenrechtsgarantien enthalten, unter anderen solche, die den Menschen einen effektiven Zugang zu Rechtsberatung und die Möglichkeit eröffnen, die Rechtsgültigkeit jeder Abschiebungsentscheidung vor kompetenten Gerichten anzufechten.
- Beenden Sie dringend den Einsatz von Migrationshaft für Asylsuchende, MigrantInnen und ihre Familien. Stellen Sie sicher, dass Freiheit der normale Standard ist und dass die Inhaftierung von Asylsuchenden und MigrantInnen nur ausnahmsweise erfolgt, wenn es erwiesenermaßen rechtmäßig ist, unter den speziellen Umständen notwendig ist und verhältnismäßig für den legitimen Zweck, auf der Grundlage einer Bewertung der individuellen Umstände.
- Stellen Sie sicher, dass kein Kind in Einwanderungshaftlagern eingesperrt ist, auch wenn es mit seiner Familie zusammen ist.
- Stellen Sie sicher, dass alle Behauptungen über unrechtmäßige Inhaftierung und Abschiebung unter Verletzung des Prinzips der Nicht-Zurückweisung prompt und effektiv untersucht werden, dass alle, die als verantwortlich ermittelt werden, zur Rechenschaft gezogen werden und dass die Opfer volle Wiedergutmachung erhalten.
- Garantieren Sie die Sicherheit und die Integrität der durchreisenden Personen und untersuchen Sie alle

---

### AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

Übergriffe und Verletzungen der Menschenrechte von MigrantInnen und Asylsuchenden.

- Staaten müssen ihre Verantwortung für humanitären Beistand übernehmen, indem sie jede Hilfe organisieren, koordinieren und bereitstellen, die von Menschen auf ihrem Territorium benötigt wird. Bürgerorganisationen, die humanitäre Hilfe bereitstellen, sollen in geeigneter Weise von der Regierung unterstützt werden.
- Verbessern Sie dringend und umfangreich die Aufnahmebedingungen, um sicherzustellen, dass MigrantInnen und Asylsuchende Zugang zu Obdach, Betten, Wasser, Sanitäreinrichtungen, Nahrung, psychologischer Behandlung und persönlicher Sicherheit haben.
- Machen Sie - in Übereinstimmung mit internationalen Standards - nur einen maßvollen Gebrauch von Gewalt, einschließlich dem Gebrauch von sogenannten "weniger tödlichen Waffen" wie Tränengas und Gummigeschossen. Jede Gewaltanwendung muss im Verhältnis zur Schwere des Verbrechens und dem Ziel stehen, das erreicht werden soll. Wenn der potentielle Schaden den möglichen Nutzen überwiegt, müssen die Behörden akzeptieren, dass das Ziel nicht erreicht werden kann und dass Gewalt nicht angewandt werden sollte.

#### **Besondere Maßnahmen, die wir der mexikanischen Regierung empfehlen:**

- Setzen Sie sofort COMAR-Beamte in Tijuana und an der nördlichen Grenze ein, um eine korrekte Untersuchung von MigrantInnen und Asylsuchenden sicherzustellen, die möglicherweise die Kriterien für internationalen Schutz erfüllen, wobei der Einhaltung der Menschenrechte und der Achtung von Familienverbänden Priorität gegeben werden sollte.
- Führen Sie für Menschen mit einem gewissen Risikoprofil bezüglich Alter, sozialer Gruppe und Nationalität ein Verfahren für verkürzte und vereinfachte Asylbeantragung ein, um den normalen Prozess des Asylverfahrens bei der COMAR zu beschleunigen, der mehrere Monate dauern kann.
- Suchen Sie nach Optionen zur Bereitstellung von behelfsmäßigen Dokumentationen für solche Menschen, die auf den Einlass an US Grenzübergängen warten. Die Behörden müssen die Verwendung von - unter anderem - humanitären Visa, provisorischen Transitpässen oder andere Maßnahmen in Betracht ziehen, um sicherzustellen, dass Mitglieder von Karawanen vor der Abschiebung in ihre Herkunftsländer geschützt sind, während ihr Fall behandelt wird. Die Behörden müssen sicherstellen, dass jedes provisorische Dokument, das diesen Menschen zur Verfügung gestellt wird, sie nicht für den weiteren Asylantrag bei der COMAR disqualifiziert, falls sie sich entscheiden, in Mexiko bleiben zu wollen.

#### **Besondere Maßnahmen, die wir der Regierung der Vereinigten Staaten empfehlen:**

##### **An den US-Kongress:**

- Nachdem die Exekutive rechtswidrige Maßnahmen ergriffen hat, um Menschen das Recht auf Asyl zu verweigern, und sich gleichzeitig weigert, an den Grenzübergängen Asylanträge entgegenzunehmen, sollte es der Kongress ablehnen, Operationen der Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP) des Heimatschutzministeriums zu finanzieren, solange es keine rigorose Überwachung dieser Operationen von Seiten des Kongresses und keine Ausführungsbestimmungen des Heimatschutzministeriums gibt, um illegalen Zurückweisungen (Pushbacks) von Asylsuchenden Einhalt zu gebieten, sowohl an den Grenzstationen als auch zwischen ihnen.
- Weigern Sie sich, alle Inhaftierungsoperationen der Zoll- und Einwanderungsbehörde des Heimatschutzministeriums (ICE) zu finanzieren, solange es keine rigorose Aufsicht des Kongresses über solche Operationen und keine Ausführungsbestimmungen des Heimatschutzministeriums gibt, um die Inhaftierung von Familienverbänden zu stoppen.

---

#### **AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
November 2018

- Erhöhen Sie die Mittel des Justizministeriums (DOJ) zur Finanzierung von mehr Einwanderungsrichtern und finanzieren und richten Sie ein nationales rechtliches Orientierungsprogramm (LOP) für alle Einwanderungshäftlinge ein.
- Verabschieden Sie ein Gesetz, das die Trennung und die Inhaftierung von Familien verbietet, und das Rechtsberatung für unbegleitete Kinder und Eltern mit Kindern bereitstellt.
- Erhöhen Sie die Finanzierung der Asyl-Gruppe des Staatsbürgerschafts-Einwanderungs-Dienstes (CIS)-des Heimatschutzministeriums und der Flüchtlings-Gruppe des Außenministeriums (DOS).
- Setzen Sie die Bundesregierung unter Druck, um Verhandlungen mit Mexiko bezüglich einer Übereinkunft einzustellen, mit der Asylsuchende gezwungen werden sollen, in Mexiko zu bleiben, um den Ausgang des Asylverfahrens abzuwarten, oder um Mexiko zu einem sicheren Drittland zu erklären, was sowohl US-Recht als auch internationales Recht verletzen würde.

#### **An die Exekutive:**

- Akzeptieren Sie sofort Asylsuchende an der Grenze zwischen den US und Mexiko sowie auch zwischen den Grenzübergängen.
- Stoppen Sie den unnötigen, unverhältnismäßigen und finanziell verschwenderischen Einsatz von US-Soldaten an der mexikanischen Grenze.
- Beenden Sie die Trennung von Familien unter allen Umständen, es sei denn, sie folgt einer rigorosen Feststellung des Wohles des Kindes, was gegenüber den Familienmitgliedern benannt und in den Fallakten der Betroffenen vermerkt werden muss.
- Stellen Sie sicher, dass genügend finanzielle Mittel vorhanden sind, um die US-Verpflichtungen unter US- und internationalem Recht erfüllen zu können, damit die Schutzgesuche von Asylsuchenden schnell angenommen und bearbeitet werden können, die die CBP unnötigerweise gezwungen hatte, monatelang in Mexiko zu warten.

#### **An die Beamten der Bundes- und der staatlichen Polizei:**

- Beobachten, reglementieren, untersuchen und – wo erforderlich – verfolgen Sie strafrechtlich alle Fälle von Gewalt und Missbrauch durch bewaffnete Bürger entlang der Grenze zwischen den US und Mexiko.

-----  
**AMERIKA: VOR VERSCHLOSSENER TÜR**

**Der dringende Bedarf für Schutzmaßnahmen für zentralamerikanische Flüchtlinge, Asylsuchende und MigrantInnen  
 November 2018**

**AMNESTY  
INTERNATIONAL IST  
EINE WELTWEITE  
BEWEGUNG FÜR  
MENSCHENRECHTE.  
WENN EINEM  
MENSCHEN UNRECHT  
GESCHIEHT, GEHT ES  
UNS ALLE AN.**

CONTACT US



[info@amnesty.org](mailto:info@amnesty.org)

+44



(0)20 7413 5500

JOIN THE CONVERSATION



[www.facebook.com/AmnestyGlobal](http://www.facebook.com/AmnestyGlobal)



@AmnestyOnline